

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: BAG Medien- und Netzpolitik
Beschlussdatum: 29.04.2017

Änderungsantrag zu FH-IF-01

Von Zeile 18 bis 27:

~~Wir Grünen stellen uns auch übermächtig erscheinenden IT-Konzernen entgegen. Das Recht auf digitale Selbstbestimmung ist zentral im digitalen Zeitalter. Wir streiten mit aller Entschlossenheit für einen innovativen Daten- und Verbraucherschutz mit höchsten Standards, eine effektive IT-Sicherheit und digitale Chancengleichheit. Der Staat bleibt in der Pflicht, private Kommunikation und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government, offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung – egal ob durch Unternehmen oder Geheimdienste. Nur wenn wir der Sicherheit des Netzes vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft voll ausschöpfen.~~

Wir wollen die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, gleichberechtigte Teilhabe, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft nutzen. Für Innovationen im digitalen Zeitalter, bessere (digitale) Infrastruktur und für mehr IT-Sicherheit für alle Menschen und Unternehmen ist Regulierung erforderlich. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für schnelles, neutrales Internet und starke Verbraucherrechte in der digitalen Welt, mehr E-Government und offene Daten, freie und offene Software und Vertrauen durch Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung und uferloses Aufrüsten der Geheimdienste.

Begründung

mündlich